

## Niederschrift Nr. 8 über die Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses

**Sitzungstermin:** Donnerstag, 29.10.2009  
**Beginn der Sitzung:** 17:00 Uhr  
**Ende der Sitzung:** 17:53 Uhr  
**Sitzungsort:** Ratssaal, Verw. gebäude II

### Anwesend:

**Vorsitzender**  
Stolz, Wulf-Dieter

**SPD-Fraktion**  
Bamminger, Berendine  
Brunken, Karola  
Davids, Walter  
Strelow, Gregor

**CDU-Fraktion**  
Janßen, Heinz Werner  
Orth, Petra

**FDP-Fraktion**  
Bolinius, Erich  
Hoofdmann, Erwin

für Ralf Fooken

**Fraktion DIE LINKE. Grundmandat**  
Graf, Wilfried

**von der Verwaltung**  
Ammermann, Uwe  
Mansholt, Dieter  
Cramer, Friedhard  
Hensmann, Rainer

**Protokollführung**  
Rauch, Agnes

### **Gäste**

Hütler, Rudolf  
Steenhardt, Heinz  
Wiers, Harald  
Zirpins, Burghardt  
Poppinga, Hendrik

Specht, Frau

Eigenbetrieb 870  
Zukunft Emden GmbH  
Rettungsdienst DRK/Stadt Emden  
OBW GmbH  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dr. Stieve  
und Poppinga GmbH  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dr. Stieve  
und Poppinga GmbH

## Niederschrift Nr. 8 über die Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses

### Öffentlicher Teil

**TOP 1** Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

**Herr Stolz** begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

**Beschluss:** Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 2** Feststellung der Tagesordnung

**Beschluss:** Die Tagesordnung wird festgestellt.

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 3** Genehmigung der Niederschrift Nr. 7 über die öffentliche Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 07.09.2009

**Herr Bolinius** weist darauf hin, dass eine Korrektur unter TOP 10 notwendig sei. Dort stehe, dass man bereits jetzt eine Schulklasse habe schließen müssen. Das sei nicht der Fall. Er habe gesagt, es bestehe die Gefahr, dass eine Schulklasse geschlossen werden müsse, wenn keine Bebauungsgebiete erschlossen würden.

**Beschluss:** Die Niederschrift Nr. 7 über die öffentliche Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 07.09.2009 wird mit dieser Änderung genehmigt.

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 4** Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

### **B E S C H L U S S V O R L A G E N**

**TOP 5** Feststellung des Jahresabschlusses und Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates der Gesellschaft für Bauen und Wohnen mbH (GE-WOBA) für das Geschäftsjahr 2008  
Vorlage: 15/1261

**Herr Janßen** übernimmt den Vorsitz.

**Frau Orth** erkundigt, ob die uneinbringlichen Mietforderungen in jedem Jahr so hoch seien.

**Herr Haak** entgegnet, die Forderungsabschreibungen seien in den letzten Jahren weiter gestiegen. Auch sei festzustellen, dass immer mehr Menschen mit ihrem Geld nicht auskommen würden und dadurch die Probleme in der Mieteinbringung entstehen würden. Gerade auch sehr viele alte Bewohner, die bisher nie diese Schwierigkeiten gehabt hätten, seien davon betroffen.

## Niederschrift Nr. 8 über die Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses

Man müsse davon ausgehen, dass diese Forderungen in den nächsten Jahren immer sukzessive weitersteigen würden.

**Herr Hoofdmann** bittet um Erläuterung zu den Rückstellungen für die Bauinstandhaltung und zu der Erhöhung der sonstigen Rückstellungen.

**Herr Haak** antwortet, bei den Rückstellungen handele es sich zum einen um Instandhaltungsmaßnahmen, die in den ersten drei Monaten des Folgejahres ausgeführt worden seien. Bei den 66.000 € handele es sich um eine neue Regelung, da jetzt auch Rückstellungen für Forderungen gebildet werden müssten.

**Frau Orth** erklärt, ihr sei aufgefallen, dass die Verwaltungskosten gestiegen seien. Sie fragt an, ob dieses durch einmalige Projekte oder Vorfälle geschehen sei.

**Herr Haak** führt aus, die Verwaltungskosten seien insofern gestiegen, da auf Veranlassung der Wirtschaftsprüfer eine Rückstellung für die Altersteilzeitregelung gebildet werden musste.

**Herr Strelow** zeigt sich erfreut darüber, dass noch einmal ein Überschuss erwirtschaftet worden sei. Auch sei es positiv zu bewerten, dass die sich im Bestand befindenden knapp 1.000 Wohnungen seitens der GEWOBA regelmäßig saniert würden. Somit habe man Arbeitsplätze geschaffen und die GEWOBA übernehme hier auch eine gewisse soziale Funktion. Abschließend bittet Herr Strelow um Auskunft, wie die Tendenz im nächsten Jahr aussehen werde.

**Herr Haak** erklärt, er gehe davon aus, dass die Forderungen sukzessiv steigen würden.

Auf die Frage von **Herrn Janßen** nach den Rückstellungen führt **Herr Haak** aus, die kurzfristigen Rückstellungen würden sofort wieder gegen die Instandhaltung aufgelöst. Die langfristigen Rückstellungen, die für das ganze Folgejahr seien, würden nach seiner gegenwärtigen Einschätzung auch in diesem Jahr wieder aufgelöst.

**Beschluss:** Die Vertreter der Stadt Emden in der Gesellschafterversammlung der GEWOBA Emden, Gesellschaft für Wohnen und Bauen mbH, werden beauftragt:

1. sich dem Bericht der Geschäftsführung anzuschließen und den Abschluss für das Geschäftsjahr 2008 anzunehmen,
2. den Bilanzgewinn in Höhe von 57.466,85 € der freien Rücklage zuzuführen,
3. der Geschäftsführung und dem Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 2008 Entlastung zu erteilen.

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 6** Feststellung des Jahresabschlusses sowie des Lageberichtes 2008 und Beschluss über die Behandlung des Jahresergebnisses 2008 des Bau- und Entsorgungsbetrieb (Eigenbetrieb)  
Vorlage: 15/1308

**Herr Stolz** übernimmt den Vorsitz und erklärt, die Herren Andersson und Rogga hätten sich entschuldigt und würden durch Herrn Hütler sowie Frau Specht und Herrn Poppinga von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dr. Stieve und Poppinga GmbH vertreten.

**Frau Orth** erklärt, ihr sei aufgefallen, dass im Bestattungswesen zwei zusätzliche Mitarbeiter neu eingestellt und auch im Bestattungswesen geführt worden seien. Dieses habe zu einem Verlust geführt. Eigentlich seien diese beiden Mitarbeiter dem Baubetrieb zuzuordnen gewesen.

## Niederschrift Nr. 8 über die Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses

Sie fragt an, ob die Kosten weitergegeben worden seien, da dass Bestattungswesen defizitär gewesen sei. Weiter bittet sie um Auskunft bezüglich der Übernahme von Kreditschulden der Stadt, die zur Eigenkapitalherabsetzung geführt hätten.

**Herr Poppinga** erklärt, die Mitarbeiter des Baubetriebes seien ausgeliehen gewesen und zu vollen Stunden weiter fakturiert worden gegenüber dem BEE. Dadurch seien höhere Aufwendungen entstanden. Die Geschäftsführung habe reagiert und im Jahre 2009 diese Mitarbeiter vom Eigenbetrieb übernommen.

Auf die Nachfrage von **Frau Orth**, ob es sich dabei um keine neuen Stellen gehandelt hätte, erklärt **Herr Poppinga**, diese seien eingekauft worden. Im Jahre 2009 seien diese beiden Stellen im BEE eingerichtet worden. Dementsprechend habe man im nächsten Jahre keine Fremdleistungen, sondern Personalaufwendungen. Da nicht zu vollen Stundensätzen abgerechnet werde, dürfte das defizitäre Ergebnis dadurch geringer ausfallen.

Hinsichtlich der Frage der Übernahme von Kreditschulden der Stadt erklärt Herr Poppinga, dass aufgrund der Beschlussfassung im Jahre 2008 das Eigenkapital, welches bei der Gründung des BEE zum 01.02.02 in drei Bereiche mit 36 Mio. € festgelegt worden sei, auf 22 Mio. € reduziert worden sei. Gleichzeitig habe der BEE dadurch Fremdkapital von der Stadt übernommen in Höhe von 24 Mio. €. Da gleichzeitig die Finanzierungskosten nicht gestiegen seien, sei die an die Stadt abzuführende Verzinsung des Eigenkapitals von 7 % auf 5,5 % reduziert worden.

**Herr Mansholt** ergänzt, viele würden sich sicherlich an die Diskussion vor einigen Jahren erinnern über die Angemessenheit der Verzinsung des Eigenkapitals, was der BEE an die Stadt Emden zahle. Dieses sei gebührenrechtlich vorgeschrieben. Der Rat habe dann beschlossen, dass städtische Kredite auf den Eigenbetrieb übertragen würden. Für diese Kredite zahle der BEE nunmehr die tatsächlichen Kreditzinsen und dass sei in Summe weniger als die 7 %. Hier sei eine Maßnahme getroffen worden, die letzten Endes dem Gebührenzahler zugute komme.

**Frau Orth** bemerkt, bei der Reduzierung des Eigenkapitals müsste der BEE normalerweise gar keine Zinsen mehr zahlen.

**Herr Mansholt** entgegnet, bisher habe der Eigenbetrieb 7 % Eigenkapitalverzinsung an die Stadt bezahlt. Durch die Einbringung von Krediten sei das Eigenkapital geringer geworden. Das bedeute, dass der BEE auch für eine geringere Summe eine Verzinsung des Eigenkapitals zahle.

**Herr Bolinus** zeigt sich verwundert darüber, dass die Geschäftsführung an der heutigen Sitzung nicht teilnehme. Er stellt fest, im Friedhofs- und Bestattungswesen sei ein Minus von 108.000 € zu verzeichnen. Er fragt an, ob aus diesem Grunde die Gebühren erhöht werden müssten. Hinsichtlich der Abfallbeseitigung erinnert Herr Bolinius an den Antrag der FDP-Fraktion, einmal im Jahr kostenlos Sperrmüll abzufahren. Gerade weil die Sperrmüllabfuhr nicht kostendeckend sei, wäre dieses eine gute Gelegenheit.

**Herr Hütler** erklärt, für das Jahr 2010 sei eine Prüfung der Friedhofsgebühren vorgesehen. Ob die Gebühren aufgrund der Ergebnisse angepasst werden müsse, sei zunächst abzuwarten. Die Frage hinsichtlich der Sperrmüllabfuhr bitte er über das Protokoll beantworten zu können.

Auf die Nachfrage von **Herr Bolinius**, warum die Geschäftsführung heute nicht anwesend sei, antwortet **Herr Hütler**, Herr Andersson und Herr Rogga seien ortsabwesend.

**Herr Stolz** stellt fest, die beiden Herren würden sicherlich plausible Gründe haben, dass sie an der heutigen Sitzung nicht teilnehmen könnten. Trotzdem wäre es vorteilhaft, dieses im Vorfeld zu besprechen.

## Niederschrift Nr. 8 über die Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses

**Herr Janßen** fragt an, ob die beiden Mitarbeiter vorher auch schon für die Stadt Emden gearbeitet hätten.

**Herr Hütler** erklärt, es handele sich um zwei Mitarbeiter des Grünflächenbereichs, die das ganze Jahr überwiegend im Friedhofsbereich gearbeitet hätten und auch so abgerechnet worden seien. Im Jahre 2009 seien sie buchungstechnisch umgegliedert worden zu den Friedhofsleuten und würden auch jetzt direkt vom Friedhof bezahlt. Somit sei dieses keine Neueinstellung gewesen, sondern nur eine Umsetzung vom Baubetrieb zum Eigenbetrieb.

**Herr Ammermann** ergänzt, der Baubetrieb und der Eigenbetrieb arbeiteten quasi unter einem Dach mit gleicher Leitung. Der Eigenbetrieb habe den gebührenpflichtigen Bereich und der Baubetrieb den übrigen Bereich übernommen. Es käme durchaus vor, dass Mitarbeiter von einem Betrieb im anderen mitwirken müssten. Das werde jedoch genau festgehalten und buchhalterisch auseinander gerechnet. So sei es in diesem Fall auch gewesen.

*Anmerkung der Protokollführung:*

*Es ist richtig, dass es im Jahre 2004 keine Mehrheit für die einmal im Jahr „kostenfreie“ Sperrmüllabfuhr gab. Weiterhin ist richtig, wie bekannt, dass die Gebühr für die Abholung von Sperrmüll in Höhe von 38 € nicht kostendeckend ist. Es ist aber bisher politischer Wille gewesen, die Gebühr auf dem Niveau zu belassen.*

**Beschluss:** Der Rat beschließt die der Vorlage 15/1308 beigefügte Anlage.

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 7** Entlastung der Werksleitung des Bau- und Entsorgungsbetriebes Emden (Eigenbetrieb) für das Wirtschaftsjahr 2008  
Vorlage: 15/1309

**Beschluss:** Der Werksleitung des Bau- und Entsorgungsbetriebes Emden (Eigenbetrieb) wird für das Wirtschaftsjahr 2008 die Entlastung erteilt.

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 8** Feststellung des Jahresabschlusses und Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates der Zukunft Emden GmbH für das Geschäftsjahr 2008  
Vorlage: 15/1352

**Herr Strelow** bittet um Auskunft, wie die Perspektiven für die nächsten Jahre im Hinblick auf eine mögliche weitere Ansiedlung im Industriepark Frisia sei. Weiter fragt er an, ob es Tendenzen dafür geben würde, dass der Jahresfehlbetrag im nächsten Jahr von ähnlicher Größenordnung sein werde wie im Jahre 2008.

**Herr Steenhardt** führt hinsichtlich der allgemeinen Entwicklung im Industriepark aus, seit Fertigstellung der Hallen im Jahre 2005 habe es insgesamt drei Erweiterungen gegeben. Im Moment seit aufgrund der Finanzkrise festzustellen, dass auch bei den Zulieferern starke Zurückhaltung bezüglich Investitionen und neuer Ausgaben vor Ort geübt werde. Da derzeit im Rahmen des neuen Passatmodells B 8 die Planung anlaufe, rechne er damit, dass alle bis zur letzten Minute warten und erst im Januar/Februar 2010 bauliche Aktivitäten unternehmen würden

## **Niederschrift Nr. 8 über die Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses**

Weiter erklärt Herr Steenhardt, die Mieter hätten durchschnittlich einen Vertrag bis zum Jahre 2011/2012. Durch den Passat B 8 und die Verlängerung der Verträge mit den Zulieferern werde es zu einer Verlängerung und weiteren Absicherung des Industrieparks kommen. Selbstverständlich sei man daran interessiert, weitere Zulieferer anzusiedeln. Trotz Nachfragen sei es momentan schwierig, da vielen Zulieferern die Sicherheit fehle.

Bezüglich des Fehlbetrages bemerkt Herr Steenhardt, viele würden sich sicherlich noch an die ersten Prognosen zum Industriepark erinnern. Demnach nehme der Verlust langsam aber stetig ab. Auch komme es darauf an, wie es mit den Investitionen und Abschreibungen weitergehe und ob eine Erweiterung getätigt werde. Man dürfe nicht verkennen, dass man versuche, auch wirtschaftlich ganz autark klar zu kommen.

**Herr Strelow** stellt fest, es sei damals ein mutiger Schritt vom Rat gewesen, dieses Risiko einzugehen. Im Nachhinein zeige es sich, dass es der richtige Schritt zur Stabilisierung des Arbeitsmarktes gewesen sei. Er fragt an, wie viele Beschäftigte derzeit im Industriepark Frisia tätig seien.

**Herr Steenhardt** erklärt, zum 01.11.2009 seien es rund 1.143 Beschäftigte gewesen. Dabei handele es sich um feste Arbeitsplätze, die im Industriepark beschäftigt seien. Tageskräfte und Zulieferer würden separat geführt, da sie nur sporadisch im Einsatz seien. Die Hälfte von diesen 1.143 Arbeitsplätze sei neu entstanden, die andere Hälfte davon habe in Emden gehalten werden können.

**Herr Bolinius** stellt fest, der Frisia Industriepark sei eine Erfolgsgeschichte, die damals mit sehr heißer Nadel gestrickt worden sei. Ein gewisses Risiko sei allerdings immer noch vorhanden, wenn VW in einem ganz großen Stil abbaue. Davon stehe jedoch im Lagebericht nichts. Er fragt an, ob es noch richtig sei, dass dieses Risiko über einen Zeitraum von zehn bis zwölf Jahren bestehe.

**Herr Steenhardt** erklärt, das Risiko nehme jährlich ab. Ein bestimmtes Risiko sei natürlich vorhanden. Man sei seinerzeit von einer Zeit von 15 bis 18 Jahren ausgegangen. Im Moment sei für einen überschaubaren Zeitraum der nächsten vier bis fünf Jahre die Firma durch die Mietverträge abgesichert.

**Beschluss:** Die Vertreter der Stadt Emden in der Gesellschafterversammlung der Zukunft Emden GmbH werden beauftragt,

1. sich dem Bericht der Geschäftsführung anzuschließen und den Abschluss für das Geschäftsjahr 2008 anzunehmen,
2. den Fehlbetrag von 218.617,60 € durch Entnahme aus der Rücklage auszugleichen,
3. der Geschäftsführung und dem Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 2008 Entlastung zu erteilen.

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 9** Feststellung des Jahresabschlusses und Entlastung der Geschäftsführung des Rettungsdienstes DRK / Stadt Emden GbR für das Geschäftsjahr 2008  
Vorlage: 15/1361

**Herr Ammermann** erläutert anhand einer PowerPoint-Präsentation den Jahresabschluss des Rettungsdienstes DRK/Stadt Emden für das Geschäftsjahr 2008. Diese Präsentation ist im Internet unter [www.emden.de](http://www.emden.de) einsehbar.

## Niederschrift Nr. 8 über die Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses

**Herr Stolz** bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

**Herr Bolinius** erinnert an die Gründung dieser Gesellschaft und zeigt sich erfreut darüber, dass diese sich so gut entwickelt habe. Er bedankt sich im Namen der FDP-Fraktion bei Herrn Wiers für seine Arbeit.

**Herr Strelow** schließt sich seitens der SPD-Fraktion dem Dank an. Er fragt an, aus welchem Grunde die Gewinne so erheblich gestiegen seien.

**Herr Wiers** entgegnet, bei den sonstigen Einnahmen gehe es um die Verrechnung von Verwaltungskosten zwischen dem städtischen Regiebetrieb 836 Rettungsdienst Stadt Emden und der Rettungsdienst GbR. Wenn beim Regiebetrieb mehr Arbeit anfalle, gäbe es eine Verrechnungsposition und daraus resultiere im Wesentlichen auch diese Verschiebung. Seiner Ansicht nach sei letztendlich das Endergebnis interessanter, welches aus einer Rechtsänderung resultiere. Das Niedersächsische Rettungsdienstgesetz habe neue Finanzierungsregelungen geschaffen. Aus diesem Grunde hätte man in der Vergangenheit operative Überschüsse über die Stadt Emden an die Krankenkassen zurückgeben müssen. Dieses sei nunmehr geändert worden und der erwirtschaftete Gewinn dürfe in der Gesellschaft bleiben.

**Beschluss:** Die Vertreter der Stadt Emden in der Gesellschafterversammlung des Rettungsdienstes DRK / Stadt Emden GbR werden beauftragt,

1. sich dem Bericht der Geschäftsführung anzuschließen und den Abschluss für das Geschäftsjahr 2008 anzunehmen,
2. den Gewinn in Höhe von 170.019,85 Euro dem Eigenkapital zuzuführen,
3. der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2008 Entlastung zu erteilen.

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 10** Feststellung des Jahresabschlusses und Entlastung der Geschäftsführung und des Verwaltungsrates der Ostfriesischen Beschäftigungs- und Wohnstätten GmbH (OBW) für das Geschäftsjahr 2008  
Vorlage: 15/1347

**Frau Orth** bittet um Erläuterung, wie zukünftig die Entwicklung sein werde, nachdem im Landesrahmenvertrag stehe, dass weniger Entgelte eingenommen und auch die Einnahme im Werkstattbereich geringen würden.

**Herr Zirpins** erklärt, es sei gehalten, im Lagebericht die Risiken entsprechend mit kaufmännischer Vorsicht zu bewerten. Zudem refinanziere die OBW ihre Arbeit zu 2/3 über sogenannte Leistungsentgelte. Dieses sei in dem Landesrahmenvertrag mit den überörtlichen Kostenträgern zu einem großen Teil geregelt. Kleinere Teile der Refinanzierung würden auch mit der Stadt Emden oder anderen kommunalen Kostenträger festgelegt. Im Landesrahmenvertrag gäbe es eine Angleichung von Trägern, die relativ hohe Leistungsentgelte hätten, und von Trägern, die niedrige Leistungsentgelte hätten. In diesen sogenannten Korridoren würde man sich bewegen, sodass sich diese Leistungstypen über die Jahre angleichen würden. Das bedeute aber nicht, dass man im Gesamtvolumen unbedingt weniger erhalte, weil die OBW einfach auch höhere Fallzahlen hätte.

**Frau Ort** fragt an, ob daraus zukünftig Probleme entstehen könnten.

## Niederschrift Nr. 8 über die Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses

**Herr Zirpins** antwortet, wenn man den aktuellen Landesrahmenvertrag nehmen würde, könnte man die zu erwartenden und zu kalkulierenden Rückgänge im Einzelfall auffangen. Hier würde er keine Probleme sehen. Die Probleme lägen eher an grundsätzlichen gesetzlichen Veränderungen für die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen, die aktuell in Planung seien im Rahmen der Konferenz der Arbeits- und Sozialminister von Bund und Ländern. Dort gäbe es Gesetzesvorhaben, die große Veränderungen bringen würden. Hier könne er heute noch nicht vorhersagen, wie schwerwiegend die Probleme werden könnten.

**Herr Strelow** bemerkt, in erster Linie sei es die Aufgabe der OBW, die Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen oder sonstigen Einschränkungen sicherzustellen. Dieses sei ein sozialpolitischer Ansatz. Dass dann auch noch im Jahr 2008 ein Überschuss von 850.000 € erwirtschaftet worden sei, sei ein hervorragendes Ergebnis. Selbstverständlich seien noch gesetzliche Risiken vorhanden, die man jetzt noch nicht abschätzen könne, aber seiner Meinung nach relativ überschaubar seien.

**Herr Bolinius** stellt fest, durch zunehmende Konkurrenz auch aus dem privaten Bereich würden sich einerseits die Wettbewerbsbedingungen verschärfen, auf der anderen Seite ergäben sich dadurch auch Chancen für die Eröffnung völlig neuer Geschäftsfelder wie z. B. die Schaffung einzugsgebietsunabhängiger Betreuungsangebote.

**Herr Zirpins** erklärt, die Werkstätten für behinderte Menschen hätten bundes- und landesweit einen sogenannten Versorgungsauftrag für alle Menschen mit Behinderung übernommen, weil sie auf dem ersten Arbeitsmarkt aufgrund der Schwere der Behinderung nicht vermittelbar seien. Die OBW hätten mit Emden und Teilen des Landkreises Aurich ein verhältnismäßig kleines Einzugsgebiet zur Versorgung. Um überleben zu können und sich positiv entwickeln zu können, sei die OBW schon immer gezwungen gewesen, ansprechende Arbeits- und Wohnplätze anzubieten.

Weiter führt Herr Zirpins aus, die Gesetzgebung plane, im Werkstattbereich die Einzugsbereiche aufzuheben und damit die Wahlfreiheit für die betroffenen Menschen ein Stück zu verstärken. Somit könne ohne Probleme auch jemand aus Aurich oder Leer nach Emden kommen. Umgekehrt würde das natürlich auch gehen. Er freue sich über diese Chancen, dass den Menschen gute Angebote gemacht werden könnten und erhoffe sich dadurch auch die Möglichkeit, sich auszuweiten. Seiner Ansicht nach habe das Ganze jedoch auch einen Nachteil. Bei Aufhebung der Einzugsgebiete werde der Versorgungsauftrag aufgehoben und die Menschen mit einem sehr hohen Hilfebedarf müssten dann nicht mehr von einem Träger gezwungenermaßen auch versorgt werden. Das müsse in der Politik immer berücksichtigt werden.

**Beschluss:** Die Vertreter der Stadt Emden in der Gesellschafterversammlung der Ostfriesischen Beschäftigungs- und Wohnstätten GmbH (OBW) werden beauftragt,

1. sich dem Bericht der Geschäftsführung anzuschließen und den Abschluss für das Geschäftsjahr 2008 anzunehmen,
2. der Geschäftsführung und dem Verwaltungsrat für das Geschäftsjahr 2008 Entlastung zu erteilen,
3. der Einstellung des Jahresüberschusses in die Gewinnrücklagen zuzustimmen.

**Ergebnis:** einstimmig



## Niederschrift Nr. 8 über die Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses

**TOP 11** Feststellung des Jahresabschlusses und Entlastung der Geschäftsführung der Güterverkehrszentrum Emsland Planungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH (GVZ-E), Meppen, für das Geschäftsjahr 2008  
Vorlage: 15/1349

**Herr Bolinius** fragt an, welchen Nutzen die Beteiligung an dieser Gesellschaft die Stadt Emden habe.

**Herr Mansholt** entgegnet, die Gründe, warum sich seinerzeit die Stadt Emden beteiligt hätte, seien ihm nicht bekannt. Dennoch mache es durchaus Sinn, dass auch hinsichtlich der Ems-Dollart-Region und der Ems-Achse die Stadt Emden in der Güterverkehrszentrum Emsland mbH vertreten sei. Bezüglich der genauen Gründe erfolge eine Antwort über das Protokoll.

**Herr Strelow** gibt zu bedenken, dass diese Recherche keineswegs den Wert der Beteiligung übersteigen dürfe.

*Anmerkung der Protokollführung:*

*Der Beschluss über den Beitritt der Stadt Emden an das Güterverkehrszentrum Emsland Planungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH (GVZ-E) ist in der Beschlussvorlage des Rates vom 29.04.1999 (13/846) wie folgt begründet:*

*Die Deutsche Bahn AG wickelt gemeinsam mit der Dörpener Umschlagsgesellschaft (DUK) am Emskai einen "Kombinierten Ladungsverkehr (KLV)" für das Volkswagenwerk ab. Bedingt durch diese Maßnahme und durch vermehrte Umschlagsaktivitäten über das Güterverkehrszentrum (GVZ) in Dörpen erhofft man ebenfalls eine Steigerung des Güterumschlags für den Emdener Hafen.*

*Vor dem Hintergrund der wachsenden Bedeutung der verkehrlichen Anbindung unserer Region wird es für wichtig und sinnvoll gehalten, dass die Stadt Emden der "Güterverkehrszentrum Emsland Planungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH (GVZ-E)" beitritt.*

*Die Gesellschafterversammlung hat bereits im Dezember des vergangenen Jahres entschieden, dass die Stadt Emden als Gesellschafter aufgenommen werden kann.*

*Der Stadt Emden entstehen durch diesen Beitritt folgende Kosten:*

- Einmalige Stammeinlage in Höhe von 4 000 DM*
- Jährlicher Gesellschafteranteil (4 %) in Höhe von 2 000 DM*

**Beschluss:** Die Vertreter der Stadt Emden in der Gesellschafterversammlung der Güterverkehrszentrum Emsland Planungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH (GVZ-E) Meppen, werden beauftragt,

1. sich dem Bericht der Geschäftsführung anzuschließen und den Abschluss für das Geschäftsjahr 2008 anzunehmen,
2. den Jahresüberschuss in Höhe von 2.096,53 € auf neue Rechnung ins nächste Jahr vorzutragen,
3. der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2008 Entlastung zu erteilen.

**Ergebnis:** einstimmig

## **Niederschrift Nr. 8 über die Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses**

**TOP 12** Feststellung des Jahresabschlusses und Entlastung der Geschäftsführung der Verkehrsregion - Nahverkehr Ems-Jade GbR (VEJ), Jever, für das Geschäftsjahr 2008  
Vorlage: 15/1351

**Herr Bolinius** stellt fest, im Lagebericht stehe, dass hinsichtlich der Geschäftstätigkeit auf die Ausführungen des Geschäftsführers in den Gesellschafterversammlungen am 26.09.08 und 21.11.08 verwiesen werde. Er fragt an, wie man an diese Ausführungen kommen könne, da niemand dort vertreten sei.

**Herr Mansholt** bemerkt, Herr Docter vertrete dort die Stadt Emden.

**Beschluss:** Die Vertreter der Stadt Emden in der Gesellschafterversammlung der Verkehrsregion – Nahverkehr Ems-Jade GbR (VEJ), Jever, werden beauftragt,

1. sich dem Bericht der Geschäftsführung anzuschließen und den Abschluss für das Geschäftsjahr 2008 anzunehmen,
2. der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2008 Entlastung zu erteilen.

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 13** Mündliche Mitteilungen des Rechnungsprüfungsamtes

**Herr Ammermann** weist darauf hin, dass am 17.11.2009 eine weitere Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses stattfinden werde. Dort gehe es u. a. um die Feststellung des Jahresabschlusses der Stadt Emden und die Entlastung des Oberbürgermeisters.

**TOP 14** Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Es liegen keine Mitteilungen vor.

**TOP 15** Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.